

Bezugsgebühr
Hauptstadt 10 Pf., 250, durch 1
...
Für Mängel einzelner Exemplare
...
Gesamtpreis Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.,
Holländisches Bonbon Manufaktur des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

Jumpelt's
WISSENS
ODONTO
ZAHN-CREME.
Zahnreinigungsmittel

WEIN-Handlung
- Stuben -
Max: Kunath,
Portikus a. d. Markthalle
Wallstr. 8.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Nieder-Atelier „Palerma“ in Wien
Heinrich Plaul,
Kostfleurant
Wallstr. 25.

Waisenhausstrasse 34. L. Weidig. Waisenhausstrasse 34.

Grosses Lager von Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. — Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, Wien.
Nr. 63. Spiegel: Federfeuerworte, Hofnachrichten, Lufttag, Landtagsberichterstattung, Wahlrechtsworte, Parier Nau- mann, Geiammtathesigung, Dresdner Bauhütte, Gerichtsverhandlungen, Quartettabend.

Die nächste Nummer erscheint Donnerstags und gelangt von 9 Uhr Vormittags an in unserer Geschäftsstelle zur Ausgabe.

Politisches.

Die Zuckersteuerworte, deren Verathung am Montag im Reichstage begonnen hat, ist der erste Schritt aus dem Gebiete der Reichsregierung, das wiederholt von den Vertretern der verbundenen Regierungen gegebene Versprechen einzuhalten, Alles zum Besten der Landwirtschaft zu thun, was innerhalb vertragsmässiger und wirtschaftlich diskutabler Grenzen überhaupt möglich ist, wie sich vorgethan Graf Posadowski vorlässlich ausübte. Die Interessen der Landwirtschaft, besonders in Norddeutschland, stehen in keinem anderen Lande in so engem Zusammenhange mit dem Gedeihen der Zuckerindustrie, wie bei uns. Die Zuckerproduktion ist in Deutschland ein landwirtschaftliches Nebengewerbe von grösster Bedeutung, und mit vollem Recht bezeichne es daher der Staatssecretär des Reichshofrathes als geradezu unverantwortlich, gegenüber der allgemeinen Lage der Zuckerindustrie, deren Konkurrenzfähigkeit ernstlich gefährdet ist, einfach „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, wie es die Nachwüchse der freireichlichen Landwirtschaft thut. Welche hervorragende Stelle die Zuckerindustrie in unserem nationalen Wirtschaftsleben einnimmt, geht daraus hervor, dass auf dem Weltmarkt, wenn man von den Kolonien absteht, nahezu die Hälfte aller Zuckers aus Deutschland kommt, und in der Reihe unserer Exportartikel nimmt der Zucker die vierte Stelle ein. Die Zuckerindustrie ist ferner eine von den wenigen, deren gewonnenes Rohmaterial in Deutschland gewonnen wird. An der Erhaltung des hohen Standes unserer Zuckerindustrie ist aber die Landwirtschaft lebhaft theilhaftig und zwar insoweit, dass sie die Ertragsnisse, welche der Rübenbau bringt, behält und dann deshalb, weil diese Kultur dem Boden keine Nährstoffe auf welche das Getreide Anspruch macht, entzieht und ihn dadurch in ganz besonderer Weise reinigt, dergestalt, dass nach statistischen Nachforschungen der Boden für Weizen in weit höherem Masse rechnet ist, als unter gleichen Bedingungen bei jeder anderen Vorbereitung. In vielen Gegenden fallen die Interessen der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft zusammen, weil die Landwirthe selbst entweder jeder für sich oder mehrere als Genossenschaft Besitzer von Zuckerfabriken sind. In anderen Gegenden, wo die Zuckerfabriken nicht auch zugleich Rübenbauern sind, werden die Rüben von den Landwirthen gekauft. Man hat von freireichlicher Seite gegen die Zuckersteuerworte, die in der Hauptsache nichts Anderes ist als eine Massregel zum Schutze nationaler Arbeit, eingewendet, dass der Rübenbau doch nur einen geringen Theil der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland betrage. Stenographen bemerkte Graf Posadowski zurechtend: Das kommt mir ungefähr so vor, als ob man die industrielle Macht der Honigsäcker nach der Grösse ihres Territoriums beurtheilen wollte. Wer die Rübenindustrie kennt, weiss, dass in einer landwirtschaftlichen Beziehung die Rübenbau, die Rübenkultur die Aze ist, um welche sich der ganze landwirtschaftliche Betrieb dreht bei der Bestellung, bei der Ernte, der Viehhaltung und besonders bei der Regelung der Arbeiterverhältnisse, und gerade die Rübenindustrie ist die Ursache, dass der Lebensstand der arbeitenden Klassen sich dabei gehoben hat, indem der große Bedarf an Arbeit beim Rübenbau höhere Löhne zu zahlen, auch in landwirtschaftlichen Betrieben, die selbst nicht Rüben bauen.

Die Landwirtschaft hat also das dringende Interesse, dass die Selbstarbeit der Zuckerindustrie nicht auch, wie der Körnerbau, allmählich auf den Nullpunkt herabsinkt, sondern, dass der Landwirth für seine Rüben einen Preis erhält, der den Rübenbau der Landwirtschaft noch lohnend erscheinen lässt. Es ist, wie gesagt, ein wirtschaftlich-nationales Gebot, diesen wichtigen Theil unserer Produktion vor dem Untergange zu bewahren. Bisher hat es nur die überlegene Technik, die höchste Vollendung in der Herstellung der Zuckerindustrie möglich gemacht, ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten, trotz der riesigen Staatshilfen, welche Frankreich, Oesterreich und Belgien ihren Fabriken gewähren. Von allen Zuckerländern hat Deutschland die geringste staatliche Beihilfe. Die recht bestehenden Ausfuhrvergütungen genügen aber nicht mehr, um die deutsche Industrie dauernd konkurrenzfähig zu erhalten. Eine Erhöhung der Ausfuhrvergütungen tritt die Gefahr für das deutsche Zuckergerwebe ein, nicht ferner eine Ausfuhrindustrie sein zu können, was sie zur Zeit zu drei Fünftel ihrer Produktion ist. Der Hauptzweck der Vorlage geht daher dahin, die Ausfuhrvergütungen, die nach der bestehenden gesetzlichen Bestimmung nach dem 31. Juli 1897 ganz wegfallen würden, nicht nur zu erhalten, sondern so weit zu erhöhen, dass die Erreichung einer internationalen Abmachung über die vollständige Befreiung des Exportprämienbestandes mit besserer Zuversicht als bisher erwartet werden kann. Prämien sind nur Kampfmittel; wenn sie als solche nicht stark genug sind, so bleiben sie unwirksam und eine unwirksame Prämie stellt eine volkswirtschaftlich unnütze Ausgabe dar. Die sog. Prämien des Zuckererzeugnisses von 1891 trugen überhaupt nicht den Charakter von Prämien, weil sie nicht so bemessen waren, um den Konkurrenzkampf mit unseren Gegnern fortzusetzen, sondern weil dabei die Hoffnung zu Grunde lag, dass unsere Gegner den Konkurrenzkampf aufgeben würden. Sie wur-

den bewilligt, um den Wettbewerb von den hohen Prämien zu dem internationalen Prämienverbot weniger empfindlich zu machen. Wenn wir Prämien als Kampfmittel haben wollen, so müssen sie, wenn sie wirksam sein sollen, nach den Prämien bemessen werden, welche die Konkurrenzstaaten zahlen.

Mit der Erhöhung der Ausfuhrvergütungen dürfte die Mehrheit des Reichstages einverstanden sein. Der Widerstand, der gegen die Zuckerworte aus den Reihen der nationalen Parteien und des Centrums erhoben wird, richtet sich gegen die beabsichtigte gesetzliche Beschränkung des Produktionsanwachses, gegen die Kontingentierung der inländischen Zuckerzeugung und die Einführung einer neuen gestaffelten Betriebssteuer, durch welche die kleineren und kleineren Zuckerfabriken gegen die erdrückende Konkurrenz der großen geschützt werden sollen. Die Kontingentierung soll nach der Ansicht der Regierungsworte ein Mittel sein, die Produktion dem Konsum anzupassen. Es wird befürchtet, dass die unverhältnissmässig große Ausdehnung der Produktion, zu der sich die inländische Industrie bereits bisher trotz niedriger Preise und geringer Staatsubvention gedrängt gesehen hat, durch eine bloße Erhöhung der Ausfuhrvergütungen nur eine weitere Steigerung erfahren könne. Viele unerwünschte Folgen, glaubt man, würde um so sicherer eintreten, als es an den nötigen Anbauflächen für eine weitere Ausdehnung der Rübenkultur nicht fehlt und die zu der Anlage oder Vergrößerung von Zuckerfabriken erforderlichen Bestimmungen erfahrungsgemäss ohne Schwierigkeit u. V. von den die Maschinen liefernden Fabriken beschafft werden können. Die Einschränkung der Rüben- und Zuckerzeugung will der Entwurf dadurch bewirken, dass den Zuckerfabriken jährlich eine bestimmte Menge des von ihnen zu erzeugenden Zuckers (ein Kontingent) zugewiesen wird. Ueberdies werden die Fabriken in ihrer Produktion die ihnen zugewiesene Jahresmenge um mehr als 5 Prozent, so sollen sie einen Zuschlag zu der in arithmetischer Progression sich steigenden Betriebsabgabe zahlen und sie sollen ausserdem verpflichtet sein, nach Verhältnis ihrer Zuckerzeugung zur Deckung des einjährigen Fehlbetrages bei Gewöhnung der Ausfuhrvergütungen beizutragen. Die idiosynkratische Opposition hingegen der Vertreter der ostelbischen Zuckerindustrie und des ostelbischen Rübenbaues; sie erklären, die Kontingentierung mag eine gute Einschränkung des Rübenbaues zur Folge haben und würde die Vergrößerung der bestehenden Zuckerfabriken und die Errichtung neuer bis zur Unmöglichkeit erschweren. Wegen der hinfälligen Betriebsmittel machen sie geltend, dass sie den kleinen Rübenbauern auf's Billigste werde, da die Fabriken die Mehrbelastung auf die Landwirthe abwälzen und sich hauptsächlich nur mit grösseren sicheren Rübenbauern einlassen würden. Da die große Mehrheit der nationalen Parteien und auch ein erheblicher Theil des Centrums für das Zustandekommen eines neuen Zuckererzeugnisses eintritt und da die verbundenen Regierungen zweckmässige Änderungen im Punkte der Kontingentierung und der Betriebssteuer keineswegs abgeneigt sein dürften, so darf wohl erwartet werden, dass es zu einer Einigung über das Gesetz kommen wird, bei der es sich nicht, wie der Richter'sche Freireich behauptet, um eine „Blinderung des Staatsbudgets“ zu Gunsten einer industriellen Gruppe sondern um die Erhaltung eines Theiles unserer nationalen Wohlstandes handelt.

Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 3. März.

Berlin, Reichstag. Die Verathung des Zuckererzeugnisses wird fortgesetzt. — Minister v. Hammerstein-Laxen: Drei Fünftel unserer Zuckerproduktion geht auf den Weltmarkt; das haben wir unserer Gesetzgebung zu verdanken. Dank derselben ist auch unsere Zuckerindustrie eine nicht kapitalistische, denn auch von unseren Aktienbesitzern befinden sich die Aktien im Wesentlichen in den Händen der rübenbauenden Bevölkerung. Aus der Annahme des Gesetzes von 1865 (Kontingentierung der Prämien) geht hervor, dass der Reichstag sich mit den verbundenen Regierungen darin einig war, dass im Interesse unserer landwirtschaftlichen Industrie und im Interesse unseres Rübenbaues der Weg von 1891 unbedingt verlassen werden müsste. Jetzt stehen wir vor der Frage: Was soll geschehen, damit uns für die drei Fünftel unserer Produktion der Weltmarkt erhalten bleibe. Grundrisslich stehe ich auf dem Standpunkte Richter's; es wäre schon, könnten wir unsere ganze Produktion im Inlande absetzen, aber wir müssen mit realen Verhältnissen rechnen. Der Rübenbau ist das Rückgrat unserer ganzen landwirtschaftlichen Entwicklung geworden und deshalb wird es sich auch der Gegenwart zwischen Nord- und Süd-Deutschland, welchen Richter's getrennt konstruieren wollte. Aber selbst wenn dieser Gegenstand bestünde, so haben wir doch in der Braunkohlensteuer Süddeutschland weitgehend, vielleicht zu weit gehende Konzeptionen gemacht. Ueberdies sind wir ein wirtschaftlicher Körper, und wenn ein Glied leidet, leiden alle mit. Interessenvertretungen mögen einen gewissen einseitigen Standpunkt einnehmen, aber wenn solche Sachverständigen-Vertretungen einmütig sind, so wird man doch ihren Wünschen nicht jede Berechtigung abspredien können. Nach meiner Berechnung sind im ganzen Reiche im Vorjahre etwa 1 Million Morgen mit Rüben bebaut worden. Nimmt man nun einen jährigen Zuwachs in der Bewirtschaftung an, so sind also 5 Mill. Morgen an Rübenbau interessiert. In unseren insgesamt 400 Fabriken steckt ein Anlagekapital von etwa 400 Mill. M. Und nun machen Sie sich klar, wenn diese landwirtschaftliche Industrie mehr und mehr verfrachte, was das zu bedeuten hätte! Dazu kommt der indirekte Nutzen der Zuckerindustrie: Was liefert sie nicht an Abfällen für die Fleischzerzeugung. Deshalb sind auch solche Gegenden, z. B. Bayern, welche keine erhebliche Zuckerindustrie haben, indirekt an derselben theilhaftig. Wie würde die Maschinenindustrie geschädigt, wenn die Zuckerindustrie zurückginge, ebenso die chemische; und denken Sie an die Eisenbahnen, an den Ausfall an Transporterinnahmen, wenn beispielsweise in der Provinz Sachsen die Zuckerindustrie aushörte. Und was wird aus den Gegenden, welche die Sachverständigen ausbilden? Kurzum, ein Rückgang der Rübenindustrie würde auf Handel und Gewerbe schwer einwirken, ebenso auf die Finanzen des Staates mit grossen Domänen, zumal Preußen, das aus dem Domänenbetriebe eine Einnahme von 7 Mill. M. hat. Amerika hat höhere Prämien und behandelt überdies den deutschen Zucker indifferenzlos, Russland gewährt seinem Zuckerexport starke Fruchtvergünstigung, überall also macht

man aus den Weltmarkt freitig. Und da sollen wir, den Richter'schen Vorschlägen folgen, noch dazu in einer Zeit, wo unsere Landwirtschaft ohnehin in äusserer Lage ist. Wer es gut und erdlich mit der Landwirtschaft im Allgemeinen meint, wird sie nicht gerade jetzt aus diesem Gebiete im Stiche lassen können. Ich kann Herrn Richter versichern, dass reiche Domänenbesitzer in einem Jahre 500,000 M., in einem anderen 200,000 M. zinsenlos haben; könnten es anschalten, Andere nicht. Hierbei einen alten König zu verhindern, wenn er es mit einer solchen Rücknahme kann, ist Pflicht des Staates. — Abg. v. Füllmaier (Lsm.): Richter'sche Opposition gegen dieses Gesetz ist nur politische Tendenzmässigkeit. Solche Verdächtigungen auszusprechen, wie geterrä Richter es gethan, halten selbst die Sozialdemokraten bisher noch nicht gewagt. Keiner deront jedoch die Solidarität zwischen Zuckerindustrie und Rübenbau. An drei Fabriken des Ostens participiren 1200 Arbeiter, seien das etwa auch hochgeachtete Herren, die am Reichs-Rücktritt und Entlass hätten? Zur die Landwirtschaft; bei der Rübenbau von grösster Bedeutung. Wir nehmen die Prämien, weil wir sie zum Kampfe gegen die ausländische Konkurrenz haben müssen; mit Ausnahme Einzelner meinen wir auch, dass wir die Prämien nicht erhöhen können, ohne Kontingentierung. Ueber die Höhe des Kontingents geben bei den Interessenten die Ansichten auseinander, nur darin herrscht Uebereinstimmung, dass die Vorlage das Kontingent zu niedrig bemisst, mindestens müsste das Kontingent den jetzigen Betrag des Rübenbaues erreichen. Gegen die Erhöhung der Konsumabgabe haben wir nichts. Durch die vorgeschlagene Staffilung der Betriebssteuer würden die Grossbetriebe im Norden und Osten zu sehr getroffen. Wir im Osten sind kapitalärmer und außerdem arbeiten wir mit schlechterem Rübenmaterial, wir können uns daher auf eine Staffilung nicht einlassen. Eine Schmälerung der Einnahmen des Reiches wollen wir nicht, bei Kontingentierung auf 17 Millionen würden aber noch immer 85 Millionen für das Reich heranzukommen — Schatzsecretär Graf v. Posadowski weist Richter vor, wenns etwas, was zu Gunsten der Landwirtschaft vorgeschlagen werden soll, gutzusehen zu haben. Wäre dieses Haus und die Landwirtschaft immer nur Herrn Richter's geistig (Abg. Richter's) ist: Da wären sie viel besser dran! Stimmliche Vertreter, dann wären die Landwirthe längst verhungert, unsere Landwirtschaft wäre dann da, wo jetzt die englische Landwirtschaft ist. Herr Richter hat die angeblichen Nachteile der Kontingentierung für die Landwirtschaft geschildert, erhöhen wir aber das Kontingent, dann müssen wir über die Prämien herabsehen, denn das wir die Konsumabgabe noch über die Vorlage hinaus erhöhen könnten, auf diesen Gedanken ist keiner der Richter gekommen. Die Richter'sche Darstellung, als ob die Aktionäre der Zuckerfabriken lauter reiche Leute wären, ist ganz falsch; mir liegt eine Liste der Aktionäre von 150 Aktieninhabern vor, die Zahl der Aktionäre der Fabriken geht da in die Tausende, so viel reiche Leute giebt es ja gar nicht. (Weiter.) Die gegenwärtige Steigerung der Zuckerpreise ist ein verhältnissmässiger Anstieg zur Verhinderung dieses Gesetzes. Richter'sches mit dem Stichwort: Wer es gut meint mit der Industrie und Landwirtschaft, der vereinigt sich mit den verbundenen Regierungen, um die unfruchtbarste Wirtschaftspolitik des Abg. Richter unmöglich zu machen. — Abg. Graf v. Posadowski (Zg.): Die Lage der Zuckerindustrie ist gar keine so unangünstige, eine halbe Milliarde hat dieselbe schon im Laufe der Jahre an Prämien erhalten und sehr wohl man gar noch die Prämien erhöhen aus den Fächern der Konsumanten. Nachdem und obwohl das Gesundheitsamt länger den Zucker als ein Nahrungsmittel betrachtet habe, wage noch heute ein Mann, wie Graf Bismarck, zu behaupten, der Zucker sei lediglich Genussmittel. Er behauptet, die Domänenbesitzer mit Grossbauern, denn keine Bauern seien am Rübenbau gar nicht theilhaftig, seien in einer Nothlage. Er solle doch lieber gleich bestrafen, diesen Leuten durch sechs Millionen zu schenken, aber nicht auf diesem Umwege. Die wirklich Nothleidenden in der Zuckerindustrie seien die darin beschäftigten Arbeiter. Die Mehrheit der Reichstag mit diesem Zuckererzeugnisse macht, wird wiederum nur der Sozialdemokratie zu Gute kommen. — Abg. Dr. Schaefer (Centr.): Auch ich habe Bedenken gegen die Vorlage, aber ich will nicht, wie der Vortredner, sie von vornherein verwerthen. Ich habe es gern gesehen, wenn wir mit der Vorlage nicht schon in diesem Jahre befreit worden wären, da gerade jetzt die Zuckerpreise im Steigen sind. Die ganze Prämienwirtschaft hätte ich nicht für glücklich, weil ich in für einen Anreiz zu übermässiger Produktion sehe. Die Prämien sind aber freilich da, und wir können sie nicht ohne Weiteres aus der Welt schaffen, immer aber werden wir als Ziel die Abschaffung der Prämien im Auge behalten müssen. Ich betrachte diese ganzen Massnahmen auch nur als vorübergehend. Eine Prämie von 4 M. ist eine zu hohe und deshalb unannehmbar. (Zuruf: Dann 3 M. Weiterkeit.) Nein, Kollege, werden lasse ich mich nicht. Weiterkeit Abermaliger Zuruf.) Wenn Sie etwas noch weiter bieten wollen, dann thun Sie es, aber für mich gilt kein zum ersten, zum zweiten, zum dritten. (Weiterkeit.) Aber auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Verbrauchsteuern bin ich nicht einverstanden, denn sie verlangen den Steuern, und ich will ihn erhöht sehen. Auch würden darunter die Chocoladen und die Konfektindustrie leiden. Durch die Kontingentierung würden wie ich befrage, nur die Rübenbauern geschädigt werden. Graf Bismarck hat die Süddeutschen an die Prämienwirtschaft erinnert, man sollte sich hüten, sie und Norddeutschen gegen einander auszuspielen, zumal, wenn schon der Name Dessauern, der es nicht, nicht geeignet ist, den Süden günstig zu stimmen. — Nebenbei wird Verlesung beschlossen. — Verlesung bemerkt Abg. Richter, er habe die Hochachtung des Schatzsecretärs verloren, er könne ein Gleiches nicht erwidern, denn was man nicht befehlen habe, könne man auch nicht verlieren. — Morgen: Fortsetzung.

Wittwoch, 4. März.

Berlin, Das Abgeordnetenhaus hat heute nach viertägiger Verhandlung endgiltig die Generaldebatte über den Autokrat, die sich bei dem Titel „Ministergehalt“ entzand. Der end und das Gehalt des Ministers einstimmig genehmigt. Die Debatte drehte sich auch heute wieder um Fartat, wünschige Sprache und Schulvorsorge. — Die Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch nahm heute ihre Verhandlungen wieder auf und beriet die Bestimmung im Einführungsgesetz, dass die landesgesetzlichen Vorschriften über die Beaufschlagung richterlicher Personen durch das Gesetz unberührt bleiben sollen. — Die Budgetkommission des Reichstages trat in die Verhandlung des Marinetas ein. Staatssecretär Hollmann erklärte, dass weder der Reichsminister Petrus noch der Regierungsrath Dugenberg von der Regierung bevollmächtigt worden seien, so zu sprechen und zu schreiben, wie sie es gethan. Auch alle anderen Verhandlungen, die sich an das Auftreten dieser Herren geknüpft hätten, die Verhandlung des Reichstages etc., seien völlig grundlos. Staatssecretär

Friedrich v. Glöckner
Verfasser, Lektor u. Herausgeber
Herausgeber, Lektor u. Herausgeber
Herausgeber, Lektor u. Herausgeber